

**Satzung
der Gemeinde Kühren über den Anschluss der Grundstücke
an die öffentliche Wasserleitung und über die Abgabe von Wasser**

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung vom 23. Juli 1996 (GVOBl. S. 529) sowie der §§ 1,6 und 8 des Kommunalabgabengesetzes in der Fassung vom 22. Juli 1996 (GVOBl. S. 564) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 18. April 2000 folgende Satzung erlassen:

§ 1

Allgemeines

- (1) Die Gemeinde Kühren, nachstehend Gemeinde genannt, betreibt aus dringendem öffentlichen Bedürfnis die Wasserversorgungsanlage als öffentliche Einrichtung, um die Einwohner im Geltungsbereich dieser Satzung mit Trink- und Gebrauchswasser sowie die Gesamtheit mit Wasser für öffentliche Zwecke zu versorgen.
- (2) Die in dieser Satzung für die Grundstückseigentümer gegebenen Vorschriften gelten entsprechend für die Nießbraucher sowie für die in ähnlicher Weise zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigten.
- (3) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz anzusehen, der eine selbstständige wirtschaftliche Einheit bildet, insbesondere dann, wenn ihm eine besondere Hausnummer zugeteilt ist.
- (4) Tritt an die Stelle eines Grundstückseigentümers eine Gemeinschaft von Wohnungseigentümern (Wohnungseigentumsgesetz vom 15.03.1951 (BGBl. 1951 S. 175), so handelt und haftet der nach § 26 des Wohnungseigentumsgesetzes bestellte Verwalter.

§ 2

Anschluss- und Benutzungsrecht

Jeder Eigentümer eines im Geltungsbereich dieser Satzung liegenden Grundstückes ist nach Maßgabe dieser Satzung berechtigt, den Anschluss seines Grundstückes an eine bestehende Versorgungsleitung (§ 9) und die Belieferung mit Trink- und Gebrauchswasser daraus zu verlangen.

§ 3

Beschränkung des Anschlussrechts

- (1) Die Gemeinde kann die Herstellung einer Versorgungsleitung aus den in Absatz 2 angegebenen Gründen versagen oder gemäß § 9 Abs. 3 dieser Satzung nur unter besonderen Bedingungen genehmigen.
- (2) Die Gemeinde kann den Anschluss eines Grundstückes an eine bestehende Versorgungsleitung versagen, wenn die Wasserversorgung wegen der Lage des Grundstückes oder aus sonstigen technischen oder betriebswirtschaftlichen Gründen erhebliche Schwierigkeiten bereiten oder besondere Maßnahmen erfordern würde; es sei denn, dass der Antragsteller die Mehrkosten für den Anschluss übernimmt und auf Verlangen hierfür Sicherheit leistet.
- (3) Der Anschluss kann in allen Fällen dann versagt werden, wenn die Wasserlieferung aus betrieblichen Gründen nicht gewährleistet werden kann (§ 17 Abs. 3).

§ 4

Anschlusszwang

- (1) Die Grundstückseigentümer (§ 1 Abs. 2) sind verpflichtet, ihre Grundstücke, auf denen Wasser verbraucht wird, an die öffentliche Wasserleitung anzuschließen, wenn die Grundstücke an eine Straße, einen Weg oder einen Platz mit einer betriebsfertigen Versorgungsleitung grenzen, ihren unmittelbaren Zugang nach einer solchen Straße durch einen Privatweg haben oder auf andere Weise durch die Gemeinde, etwa durch Inanspruchnahme fremder Grundstücke, anschlussreif gemacht werden (§ 10 Abs. 5). Befinden sich auf einem Grundstück mehrere Gebäude, in denen Wasser verbraucht wird, so ist jedes derartige Gebäude dieses Grundstückes anzuschließen.
- (2) Die Herstellung des Anschlusses muss innerhalb einer Frist von einem Monat, nachdem die Grundstückseigentümer schriftlich oder durch öffentliche Bekanntmachung zum Anschluss an die Wasserleitung aufgefordert sind, gemäß § 8 dieser Satzung beantragt werden. Bei Neu- und Umbauten muss der Anschluss vor der Schlussabnahme des Baues ausgeführt sein. Auf Verlangen der Gemeinde ist der Anschluss zwecks gesonderter Berechnung des Bauwassers schon beim Ausbau des Kellergeschosses fertigzustellen. Der Grundstückseigentümer hat für rechtzeitige Antragstellung zu sorgen.

§ 5

Befreiung vom Anschlusszwang

- (1) Eine Verpflichtung zum Anschluss an die öffentliche Wasserleitung besteht nicht, wenn oder soweit der Anschluss des Grundstückes an die öffentliche Wasserleitung dem Eigentümer aus besonderen Gründen, auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls, nicht zugemutet werden kann.
- (2) Will der Grundstückseigentümer die Befreiung von der Verpflichtung zum Anschluss aufgrund des Abs. 1 geltend machen, so hat er dieses binnen eines Monats nach der schriftlichen oder öffentlichen Aufforderung unter Angabe der Gründe der Gemeinde schriftlich zu erklären.

§ 6

Benutzungszwang

- (1) Auf Grundstücken, die an die öffentliche Wasserleitung angeschlossen sind, ist der gesamte Bedarf an Trink- und Gebrauchswasser ausschließlich aus der öffentlichen Wasserleitung zu decken.
- (2) Die Verpflichtung nach Abs. 1 obliegt dem Anschlussinhaber sowie sämtlichen Bewohnern der Gebäude (Wasserabnehmer). Auf Verlangen der Gemeinde haben die Grundstückseigentümer die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Einhaltung dieser Vorschrift zu sichern.

§ 7

Befreiung vom Benutzungszwang

- (1) Eine Verpflichtung zur Benutzung der öffentlichen Wasserleitung besteht nicht, wenn oder soweit diese Verpflichtung dem Abnehmer aus besonderen Gründen, auch unter Berücksichtigung des Gemeinwohls, nicht zugemutet werden kann.
- (2) Wer die Befreiung von der Benutzungspflicht geltend machen will, hat diese der Gemeinde unter Angabe der Gründe schriftlich zu erklären.

§ 8

Anmeldung (Anschlussantrag)

Die Anlage oder Änderung eines Wasseranschlusses ist vom Grundstückseigentümer (§ 1 Abs. 2) bei der Gemeinde für jedes Grundstück zu beantragen.

Der Antrag muss enthalten:

- a) die Beschreibung der auf dem Grundstück geplanten Anlage. Der Beschreibung ist eine Grundriss-Skizze beizufügen;
- b) den Namen des zugelassenen Einrichters (Installateurs), durch den die Einrichtungen innerhalb des Grundstückes ausgeführt werden sollen;
- c) die Beschreibung der Gewerbebetriebe und besonderen Einrichtungen (§ 13), für die auf dem Grundstück Leitungswasser verwendet werden soll;
- d) die Verpflichtung des Grundstückseigentümers:
 1. die nach der Kostenregelung des § 11 für die Herstellung der Anschlussleitung festgelegten Kosten zu übernehmen;
 2. der Gemeinde zur Vermeidung von Schäden jede Information über die Beschaffenheit des Grundstücks, die baulichen Verhältnisse der vom Anschluss an das Versorgungsnetz betroffenen oder zu berührenden Gebäude sowie über die Lage von Kabeln und Leitungen jeglicher Art zu geben bzw. zu beschaffen;
- e) Angaben über eine etwaige Eigenwasserversorgung.

§ 9

Versorgungsleitung

- (1) Versorgungsleitung im Sinne dieser Satzung ist die Hauptrohrleitung (Verteilungsleitung) ausschließlich der Anbohrschelle bzw. des Hausanschlussschiebers.
- (2) Die Versorgungsleitung wird von der Gemeinde hergestellt und unterhalten. Kein Grundstückseigentümer hat Anspruch auf eine für ihn vorteilhaftere Führung der Versorgungsleitung.
- (3) Vor Herstellung einer Versorgungsleitung kann die Gemeinde im Falle des § 3 Abs. 1 dieser Satzung insbesondere verlangen, dass der Anschlussnehmer die Kosten für die Herstellung übernimmt und ggf. hierfür Sicherheit leistet.

Wird für mehrere Anschlussnehmer eine gemeinsame Versorgungsleitung gelegt, so werden die Kosten anteilmäßig unter jeweiliger Einbeziehung später hinzukommender Anschlussnehmer verteilt. Letztere haben nach Neuberechnung der Kostenanteile die für sie entfallenden Kosten an die Gemeinde zu entrichten, das sie mit den Erstanliegern verrechnet. Nach Ablauf von 5 Jahren nach Fertigstellung der Versorgungsleitung erlischt der Anspruch der mit den Herstellungskosten belasteten Grund-

stückseigentümer auf Zahlung eines Kostenanteiles gegenüber den dann hinzukommenden Anschlussnehmern.

- (4) Die Änderung einer bestehenden Versorgungsleitung kann von den Grundstückseigentümern nicht verlangt werden. Ausnahmen kann die Gemeinde entsprechend Abs. 3 vom Abschluss besonderer Vereinbarungen abhängig machen.
- (5) Die auf Kosten der Anschlussnehmer errichteten Versorgungsleitungen oder die durch eine Änderung etwa erforderlich werdenden Teile der Versorgungsleitungen gehen ohne Rücksicht auf die Kostenregelung der Abs. 3 und 4 in das Eigentum und die Unterhaltungspflicht der Gemeinde über.
- (6) Nur Beauftragte der Gemeinde haben das Recht, die Versorgungsleitung freizulegen, Änderungen daran vorzunehmen und Anschlüsse herzustellen. Erdarbeiten in Nähe der Versorgungsleitung sind im Einzelfalle nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Gemeinde und unter Beachtung der von ihm auferlegten Bedingungen gestattet; für Schäden und die daraus entstehenden Wasserverluste haftet derjenige, der die Erdarbeiten ausführen läßt.

§ 10

Anschlussleitung

- (1) Anschlussleitung i.S. dieser Satzung ist die Zuleitung von der Versorgungsleitung (einschl. der Anbohrschelle bzw. des Hausanschlussschiebers) bis zur Wasserübergabestelle; das ist der Absperrhahn hinter dem Wasserzähler.
- (2) Die Anschlussleitung wird ausschließlich von der Gemeinde nach der Kostenregelung des § 11 hergestellt und unterhalten. Sie steht einschließlich des Zubehörs als Teil der öffentlichen Wasserversorgungsanlagen in seinem Eigentum. Die Kosten der Unterhaltung und Beseitigung von Schäden des auf dem Grundstück des Anschlussnehmers liegenden Teils der Anschlussleitung trägt der Anschlussnehmer.
- (3) Bestehende Anschlussleitungen an private Versorgungseinrichtungen können auf Antrag des Anschlussnehmers von der Gemeinde übernommen werden, wenn
 1. die Anschlussleitung den nach Abs. 4 von der Gemeinde bestimmten Anforderungen entspricht,
 2. der Anschlussnehmer die Anschlussleitung an den von der Gemeinde bestimmten Stellen auf seine Kosten freilegt, um den Zustand der Leitung zu begutachten. Ein Rechtsanspruch auf Übernahme besteht nicht.
- (4) Die Gemeinde bestimmt die Zahl, Art, lichte Weite und Führung der Anschlussleitung sowie die Stelle, an der sie in das Grundstück eingeführt wird; sie bestimmt auch, wo

an eine Versorgungsleitung anzuschließen ist. Begründete Wünsche des Anschlussnehmers sind nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

- (5) Jedes Grundstück soll in der Regel unmittelbare Verbindung mit der Versorgungsleitung haben und nicht über ein anderes Grundstück versorgt werden. Die Gemeinde behält sich jedoch vor, mehrere Grundstücke durch eine gemeinsame Anschlussleitung zu versorgen (§ 4 Abs. 1), wenn ein selbständiger Anschluss von Grundstücken nach den Feststellungen der Gemeinde nur unter großen Schwierigkeiten oder mit unverhältnismäßig hohen Kosten möglich wäre und der Neuanschluss die Möglichkeit des Wasserbezuges für den bisherigen Anschlussinhaber nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt. Wird ein gemeinsamer Anschluss für mehrere Grundstücke zugelassen, so müssen die für die Unterhaltung und Benutzung gemeinsamer Leitungen erforderlichen Rechte an fremden Grundstücken im Grundbuch dieser Grundstücke eingetragen werden. Der Neuanschließende ist verpflichtet, dem ersten Anschlussinhaber einen angemessenen Kostenanteil zu ersetzen und sämtliche Kosten der etwa notwendig werdenden Änderungen oder Ergänzungen des ersten Anschlusses zu bezahlen. Der Kostenanteil ist mit der Herstellung des neuen Anschlusses fällig. Können sich die Beteiligten über die Höhe des Kostenanteils nicht einigen, so stellt ihn die Gemeinde fest.
- (6) Der Anschlussinhaber darf keinerlei Einwirkungen auf Anschlussleitungen und Zubehör vornehmen oder vornehmen lassen. Für Beschädigung der Anschlussleitung auf dem Grundstück und die daraus entstehenden Wasserverluste haftet der Anschlussinhaber.

§ 11

Kostenregelung für die Anschlussleitung

- (1) Die Gemeinde läßt die Anschlussleitung auf dem Grundstück des Anschlussnehmers ausführen. Die Kosten hat der Anschlussnehmer zu tragen. Ein angemessener Voranschuss oder auch die ganzen Kosten sind vor Ausführung der Anschlussarbeiten zu zahlen. Anschlussleitung, Armatur und Absperrhähne bleiben im Eigentum der Gemeinde.
- (2) Für die Kosten der Anschlussleitung im öffentlichen Verkehrsraum wird ein besonderer Beitrag in Höhe der tatsächlichen Kosten erhoben.
- (3) Unterhaltung und etwa erforderliche Änderungen der im öffentlichen Verkehrsraum liegenden Teile der Anschlussleitung obliegen der Gemeinde. Werden Verbesserungen, Erneuerungen und sonstige Veränderungen infolge baulicher Arbeiten auf dem Grundstück oder infolge anderer Maßnahmen des Anschlussnehmers erforderlich, so hat der Anschlussnehmer der Gemeinde die Kosten zu erstatten.

§ 12

Verbrauchsleitung

- (1) Verbrauchsleitung i.S. dieser Satzung ist die Leitung (Hausanlage) auf dem Grundstück oder in dem Gebäude von der Wasserübergabestelle (§ 10 Abs. 1) bis zu den Verbrauchsstellen.
- (2) Die Herstellung und ordnungsgemäße Unterhaltung der Verbrauchsleitung ist Sache des Anschlussinhabers. Die Arbeiten dürfen nur durch zuverlässige und sachkundige Handwerker (Einrichter) ausgeführt werden. Die Einrichter werden von der Gemeinde zugelassen; die Gemeinde regelt die gleichmäßigen Voraussetzungen für die Zulassung.
- (3) Die Ausführung der Verbrauchsleitung muss den Vorschriften des Deutschen Normenausschusses, den jeweiligen Bestimmungen des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern e.V. sowie den besonderen Vorschriften der Gemeinde – des Wasserlieferers – entsprechen.
- (4) Der Anschlussinhaber hat dafür zu sorgen, dass der Gemeinde vor Arbeitsbeginn die gem. § 8 vorgeschriebenen Meldungen nebst Plan eingereicht werden. Die Gemeinde kann, wenn es für erforderlich gehalten wird, Änderungen verlangen und die Ausführung der Arbeiten überwachen. Andere als vorschriftsmäßig gemeldete und geprüfte Anlagen werden nicht an die Wasserleitung angeschlossen. Die Prüfung einer Verbrauchsleitung durch die Gemeinde befreit den ausführenden Einrichter nicht von seinen Verpflichtungen gegenüber dem Auftraggeber und Wasserabnehmer zu vorschriftsmäßiger und tadelloser Ausführung der Arbeiten. Die Gemeinde übernimmt für diese Arbeiten keine Haftung.
- (5) Für Erweiterungen und Änderungen der Verbrauchsleitung gelten die Absätze 2 bis 4 entsprechend. Hierunter fällt auch die Ausdehnung der Verbrauchsleitung auf Grundstücke oder Grundstücksteile, die in dem ursprünglichen Anschlussplan nicht enthalten waren. Wird ausnahmsweise der Anschluss eines Nachbargrundstückes an die Verbrauchsleitung eines Wasserabnehmers zwingend erforderlich, so findet § 10 Abs. 5 entsprechende Anwendung.
- (6) Die Anlage des Abnehmers ist so zu betreiben, dass Störungen der öffentlichen Versorgungseinrichtungen oder der anderen Abnehmer ausgeschlossen sind.

- (7) Schäden an den Verbrauchsleitungen sind umgehend beseitigen zu lassen. Wasserverluste, die auf Mängel an der Verbrauchsleitung zurückzuführen sind, hat der Wasserabnehmer zu tragen.
- (8) Die Gemeinde kann die Verbrauchsleitung jederzeit prüfen (vgl. § 16 Abs. 3) und betriebsnotwendige Änderungen oder Instandsetzungen verlangen. Wird dem nicht innerhalb einer angemessenen Frist entsprochen, so ist die Gemeinde zur sofortigen Sperrung der Wasserlieferung oder zu Änderung oder Instandsetzung der verbesserungsbedürftigen Anlage auf Kosten des um die Weiterbelieferung Nachsuchenden berechtigt.

§ 13

Anschluss besonderer Einrichtungen

- (1) Eine auch nur vorübergehende unmittelbare Verbindung der Wasserleitung mit Einrichtungen, in denen ein Überdruck eintreten kann, wie mit Pumpen, Dampfkesseln, hydraulischen Hebevorrichtungen und dergl. ist nicht gestattet. Die Gemeinde kann Ausnahmen zulassen.
- (2) Verbindungen zwischen der öffentlichen Wasserleitung und einer Eigenversorgungsanlage sind nicht gestattet, desgleichen Anschlüsse von handbedienten Pumpen. Der Anschluss maschinell betriebener Druckerhöhungspumpen ist nur mit Zustimmung der Gemeinde zulässig.
- (3) Der Anschluss von Wassermotoren von Wasserstrahlpumpen und Springbrunnen bedarf der besonderen Zustimmung der Gemeinde.

§ 14

Feuerlöscheinrichtungen

- (1) Sollen auf einem Grundstück besondere Feuerlöschzapfstellen eingerichtet werden, so sind über ihre Anlegung, Unterhaltung und Prüfung besondere Vereinbarungen mit der Gemeinde zu treffen.
- (2) Alle Feuerlöscheinrichtungen dürfen zu anderen Zwecken als solchen der Brandbekämpfung nur mit Zustimmung der Gemeinde benutzt werden.
- (3) Für Beschädigung gemeindeeigener Feuerlöscheinrichtungen und sonstiger Anlageteile (z.B. Wasserzähler), die durch unbefugtes Öffnen der Feuerlöschzapfstellen entstehen, sowie für die daraus entstehenden Wasserverluste der Gemeinde haftet der Wasserabnehmer.

§ 15

Wasserzähler

- (1) Die Gemeinde stellt die vom Grundstückseigentümer verbrauchte Wassermenge durch Wasserzähler fest.
- (2) Die Wasserzähler werden von der Gemeinde auf Kosten des Anschlussinhabers eingebaut und auf Kosten der Gemeinde unterhalten und erneuert. Sie gehen in das Eigentum der Gemeinde über. § 15 Abs. 7 bleibt unberührt.
- (3) Die Gemeinde bestimmt den Zeitpunkt der Beschaffung, die Bauart, die Größe und den Standort der Wasserzähler. Beim Einbau etwa notwendig werdender Absperrvorrichtungen und Verbindungsstücke werden diese als Bestandteil der Anschlussleitung von der Gemeinde geliefert.
- (4) Die Wasserzähler werden von Zeit zu Zeit von der Gemeinde auf ihre Kosten geprüft und instandgesetzt.
- (5) Der Anschlussinhaber kann jederzeit schriftlich eine Nachprüfung des Wasserzählers beantragen. Das Ergebnis der Prüfung ist für beide Teile bindend. Die Kosten für die Prüfung, den Ausbau und den Wiedereinbau des Wasserzählers trägt, wenn die Abweichung die zulässige Fehlergrenze von $\pm 5\%$ überschreitet, die Gemeinde, sonst der Anschlussinhaber. Wegen der Berichtigung der Wassergebühr siehe § 10 Abs. 2 der Beitrags- und Gebührensatzung.
- (6) Der Anschlussinhaber darf Änderungen an dem Wasserzähler und an seiner Aufstellung weder vornehmen noch darf er dulden, dass solche Änderungen durch andere Personen als durch Beauftragte der Gemeinde vorgenommen werden. Der Einbau von Wasserzwischenzählern in die Verbrauchsleitung ist ihm gestattet.
- (7) Der Anschlussinhaber ist verpflichtet, den Wasserzähler vor Beschädigungen, insbesondere vor Einwirkung dritter Personen, vor Abflusswasser, Schmutz- und Grundwasser sowie vor Frost zu schützen. Er muss alle Kosten für Beschädigungen und Verluste ersetzen, soweit sie nicht durch die Beauftragten der Gemeinde verursacht sind, oder sofern er nicht nachweist, dass die Einwirkung auf höhere Gewalt zurückzuführen ist. Frostschäden gelten nicht als Einwirkung höherer Gewalt. Wegen der Anzeigepflicht bei Störungen und Schäden siehe § 16 Abs. 5.
- (8) Die Gemeinde kann in technisch begründeten Fällen verlangen, dass der Wasserzähler in einem Wasserzählerschacht untergebracht wird. Der Wasserzählerschacht ist nach den Angaben der Gemeinde vom Anschlussinhaber herzustellen und im guten baulichen, stets zugänglichen und sauberen Zustand zu erhalten.

§ 16

Allgemeine Abnehmerpflichten

1. Duldung von Leitungsführungen

Der Anschlussinhaber ist verpflichtet, die Verlegung von Wasserleitungen, den Einbau von Schächten und Schiebern und dergl. sowie die Anbringung von Hinweisschildern in seinen Grundstücken ohne Entschädigung zuzulassen, an den Einrichtungen kein Eigentumsrecht geltend zu machen und sie auf Verlangen der Gemeinde auch noch bis zu 5 Jahren nach Beendigung des Benutzungsverhältnisses in diesem zu belassen. Die Gemeinde kann dingliche Sicherung dieser Verpflichtung verlangen. Die bei der Einlegung und Entfernung der Leitungen und Anlagen entstehenden Schäden hat die Gemeinde zu ersetzen, soweit sie nicht auf Anschlussleitungen des Eigentümers selbst entfallen.

2. Duldung des Anschlusses fremder Grundstücke

Jeder Inhaber eines Anschlusses muss den Anschluss anderer Grundstücke an seine Anschlussleitung in den Fällen des § 10 Abs. 5 dulden.

3. Duldung des Zutritts zu den Wasserleitungsanlagen und Auskunftspflicht

Den Beauftragten der Gemeinde ist zur Vornahme von Arbeiten, zur Nachschau der Wasserleitungsanlagen, zum Ablesen der Wasserzähler und zur Prüfung der Vorschriften dieser Satzung ungehindert Zutritt zu allen in Frage kommenden Teilen der angeschlossenen Grundstücke zu gewähren. Der Wasserabnehmer ist verpflichtet, alle für die Feststellung des Wasserverbrauchs, die Errechnung der Beiträge und Gebühren und die Prüfung des Zustandes der Anlagen erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

4. Pflichten in Brandfällen und sonstigen Notfällen

Bei Eintritt eines Brandes oder in sonstigen Notfällen sind die Anordnungen des Brandstellenleiters und der Polizei zu befolgen; insbesondere haben die Wasserabnehmer ihre Leitungen und ihre Eigenanlagen auf Verlangen für Feuerlöschzwecke zur Verfügung zu stellen. Der Abnehmer darf ohne zwingenden Grund in diesen Fällen kein Wasser entnehmen.

5. Anzeigepflicht bei Schäden und Störungen

Der Anschlussinhaber ist verpflichtet, Störungen und Schäden an Anschlussleitungen und an Wasserzählern der Gemeinde unverzüglich anzuzeigen.

6. Wasserabgabe an Dritte

Außer in vorübergehenden Notfällen ist es dem Wasserabnehmer nicht gestattet, ohne Zustimmung der Gemeinde Wasser an Dritte abzugeben (vgl. § 17 Abs. 1).

7. Verbot der Wasserverschwendung

Der Wasserabnehmer ist zur Sparsamkeit im Wasserverbrauch nach den Regeln einer ordnungsmäßigen Wirtschaft verpflichtet. Es ist ihm nicht gestattet, Wasser nutzlos laufen zu lassen, z.B. um dieses kühl zu halten oder Leitungen vor dem Einfrieren zu schützen und dergl. Wegen des Anschlusses besonderer Einrichtungen siehe § 13.

8. Gemeinsames Benutzungsverhältnis

Mehrere Miteigentümer eines Grundstückes und mehrere über einen gemeinsamen Wasserzähler und / oder durch eine gemeinsame Verbrauchsleitung versorgte, selbstständige Abnehmer haften als Gesamtschuldner für alle Verbindlichkeiten aus dem Benutzungsverhältnis. Sie müssen der Gemeinde einen gemeinsamen Vertreter benennen, an den alle Eröffnungen rechtswirksam gemacht werden können. Geschieht dieses nicht, so sind Eröffnungen an einen Beteiligten auch für die übrigen wirksam.

§ 17

Wasserlieferung

- (1) Das Wasser wird grundsätzlich nur zur Versorgung desjenigen Grundstückes bereitgestellt, für das der Anschluss aufgrund der Anmeldung gem. § 8 besteht (vgl. § 16 Abs. 6).
- (2) Das Wasser wird aus der Wasserleitung im allgemeinen ohne besondere Beschränkung hinsichtlich der Menge und Abgabezeit, jedoch nur unter dem Druck geliefert, der in dem betreffenden Versorgungsgebiet herrscht. Die Gemeinde übernimmt keine Gewähr für eine aus besonderen Gründen erforderliche Qualität des Wassers.
- (3) Die Gemeinde kann im Einzelfall die Wasserlieferung ablehnen, beschränken oder vom Anschluss besonderer Bedingungen abhängig machen, wenn dies aus betrieblichen Gründen, insbesondere bei einer zu erwartenden übermäßigen Beanspruchung der Wasserversorgungsanlagen durch den Abnehmer erforderlich ist.
- (4) Bei Betriebsstörungen, insbesondere im Falle höherer Gewalt, zur Vornahme betriebsnotwendiger Arbeiten, bei vorübergehendem oder dauerndem Wassermangel oder aufgrund behördlicher Anordnungen kann die Wasserlieferung unterbrochen oder hinsichtlich der Menge, Entnahmezeiten und Verwendungszwecke einge-

schränkt werden. Vorausssehbare Unterbrechungen und Einschränkungen werden nach Möglichkeit vorher öffentlich bekanntgegeben.

- (5) Bei Einschränkung oder Unterbrechung der Wasserlieferung sowie bei einer Änderung des Druckes oder der Beschaffenheit des Wassers steht dem Wasserabnehmer weder ein Anspruch auf Schadenersatz noch eine Ermäßigung der Wasserbenutzungsgebühr zu. Wegen der Ermäßigung der Wasserbenutzungsgebühr bei Unterbrechungen der Wasserlieferung von mehr als einem Monat siehe § 10 Abs. 4 der Beitrags- und Gebührensatzung.

§ 18

Abmeldung des Wasserbezuges

- (1) Beim Wechsel des Eigentums am Grundstück hat der bisherige Eigentümer den Wasserbezug rechtzeitig schriftlich bei der Gemeinde abzumelden. Zu dieser Meldung ist auch der neue Eigentümer verpflichtet. Wegen der Berechnung der Benutzungsgebühren siehe § 12 der Beitrags- und Gebührensatzung.
- (2) Im übrigen hat der Anschlussinhaber jede Änderung in den für die Menge des Wasserverbrauchs und die Höhe des Anschlussbeitrages und der Wasserbenutzungsgebühr maßgebenden Umständen und wesentliche Veränderungen in Gewerbebetrieben der Gemeinde binnen einer Woche anzuzeigen.

§ 19

Beiträge und Gebühren

Für die Benutzung der Wasserleitung und die Entnahme von Wasser werden Beiträge und Gebühren nach Maßgabe einer besonderen Beitrags- und Gebührensatzung erhoben.

§ 20

Wassersperre

- (1) Die Gemeinde ist berechtigt, die Wasserlieferung fristlos und ohne vorherige gerichtliche Entscheidung für sämtliche Verbrauchsstellen des Anschlussinhabers einzustellen, wenn
- a) widerrechtlich Wasser entnommen wird,
 - b) Änderungen an Einrichtungen, die der Gemeinde gehören oder deren Unterhaltung oder Änderung der Gemeinde vorbehalten ist, eigenmächtig vorgenommen oder die Einrichtung (z.B. Plomben) beschädigt werden,

- c) den Beauftragten der Gemeinde der Zutritt zu den Wasseranlagen verweigert oder unmöglich gemacht wird oder nicht die erforderlichen Auskünfte gegeben werden,
 - d) die fälligen Zahlungen nach Maßgabe dieser Satzung sowie der Gebührensatzung nicht vorschriftsmäßig geleistet werden,
 - e) störende Einwirkungen von den Anlagen des Grundstückseigentümers auf die Anlagen anderer Abnehmer oder der öffentlichen Versorgungseinrichtungen ausgehen, soweit sie vom Grundstückseigentümer zu vertreten sind,
 - f) die Verpflichtung, für alsbaldige Wiederherstellung schadhafter Hausinstallationen zu sorgen, nicht eingehalten wird,
 - g) der Grundstückseigentümer gegen die von der Gemeinde angeordneten Verwendungsverbote und Verbrauchseinschränkungen verstößt,
 - h) der Grundstückseigentümer die Benutzung eines Grundstückes gem. § 16 verweigert,
 - i) Wasser an andere Grundstücke ohne Zustimmung der Gemeinde abgegeben wird.
- (2) Abgesperrte Anlagen dürfen nur durch die Gemeinde wieder eingeschaltet werden. Die Kosten der Wiedereinschaltung sind von dem Anschlussinhaber zu bezahlen.

§ 21

Zwangmaßnahmen

Für das Vollzugsverfahren gelten die Vorschriften des Landesverwaltungsgesetzes vom 02.06.1992 (GVOBl. Schl.-Holst. S. 243).

§ 22

Die Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.1993 in Kraft.

Kühren, den 28.04.2000

(DS) gez. von Klinggräff
Bürgermeister